



05. März 2021

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Fortgeltung der epidemischen Lage**
- **Lockdown verlängert, aber Lockerungen beschlossen**
- **Erlösausfälle der Krankenhäuser müssen aufgefangen werden**
- **Die Woche im Deutschen Bundestag**
- **Fördermaßnahmen im Rahmen der Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur**
- **Bilder der Woche**

Fortgeltung der epidemischen Lage

Der Deutsche Bundestag beriet abschließend über den Gesetzentwurf von CDU/CSU und SPD zur Fortgeltung der die epidemische Lage von nationaler Tragweite.

Mit dem Gesetz sollen die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen um drei Monate verlängert werden. Jede weitere Verlängerung muss erneut vom Bundestag beschlossen werden. Damit werden die Rechte des Parlaments gestärkt.

Laut Infektionsschutzgesetz liegt die epidemische Lage vor, "wenn eine ernsthafte Gefahr für die öffentliche Gesundheit in der gesamten Bundesrepublik Deutschland besteht". Die Koalitionsfraktionen verweisen dabei auf das Auftreten neuer, ansteckenderer Virus-Varianten.

Ein Eingriff in die Grundrechte der Bürger muss stets gut begründet sein. Deshalb hat die SPD-Fraktion sich dafür eingesetzt, dass Entscheidungen über eine Verlängerung oder Aufhebung von Schutzmaßnahmen nach §28a des Infektionsschutzgesetzes sich nicht mehr nur an den Inzidenzen, sondern unter anderem auch an der Impfquote und den sonstigen Verhältnissen vor Ort orientieren müssen.

Außerdem gibt es Verbesserungen bei der Verdienstausfall-Entscheidung für Eltern im Infektionsschutzgesetz. Es wird der Gleichklang mit der erweiterten Regelung zum Kinderkrankengeld hergestellt.

Die SPD-Fraktion hat sich zudem erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Pflegeschutzschirm bis Ende Juni unverändert fortgeführt wird. Pflegeeinrichtungen und Pflegedienste behalten so die Möglichkeit, pandemiebedingte Mindereinnahmen gegenüber der Pflegekasse geltend zu machen.

Außerdem werden aus dem Bundeshaushalt 450 Mio. Euro bereitgestellt, um eine Prämie für Beschäftigte in den Krankenhäusern zahlen zu können.



Lockdown verlängert, aber Lockerungen beschlossen

Die Menschen wünschen sich zu Recht die schrittweise Rückkehr in ihren gewohnten Alltag. Gleichzeitig ist eine dritte Corona-Welle mit all ihren Gefahren für Gesundheit, das soziale Leben und die Wirtschaft nicht auszuschließen. Umso wichtiger ist es, dass die Ministerpräsidentenkonferenz mit der Bundeskanzlerin den Menschen eine nachvollziehbare und sichere Perspektive gibt.

Allerdings erfordert eine solide Öffnungsperspektive, dass wir möglichst viele Menschen schnell impfen, viel testen und Kontakte nachverfolgen können. Das ist der Weg aus der Pandemie. Damit die Rückkehr zur Normalität gelingt, ist auch der digitale Impffpass ein wichtiger Baustein. Der Lockdown zur Bekämpfung der Corona-Pandemie in Deutschland wird bis zum 28. März verlängert, allerdings mit vielen Öffnungsmöglichkeiten je nach Infektionslage, wie die Grafik der Bundesregierung zeigt:

1. Öffnungsschritt	2. Öffnungsschritt	3. Öffnungsschritt		4. Öffnungsschritt		5. Öffnungsschritt		weitere Schritte
seit 1.3.	ab 8.3.	ab 8.3. nach Inzidenz		14 Tage später (frühestens 22.3.)		14 Tage später (frühestens 5.4.)		MPK 22.3.
		unter 50	50 - 100	unter 50	50 - 100	unter 50	50 - 100	
Schulen (individuelle Regeln je Land) Kitas Friseure (+ regionale Öffnungen)	Buchhandlungen Blumengeschäfte Gartenmärkte (1 Kunde pro 10 bzw. 20 qm, abhängig von Verkaufsfläche) Körpernahe Dienstleistungen (zum Teil mit tagesaktuellem Test) Fahr- und Flugschulen (mit tagesaktuellem Test)	Einzelhandel (1 Kunde pro 10 bzw. 20 qm, abhängig von Verkaufsfläche) Museen/ Galerien/ Zoos/botan. Gärten/ Gedenkstätten	Terminshopping im Einzelhandel (1 Kunde/40qm, Terminbuchung) Museen/ Galerien/Zoos/ botan. Gärten/ Gedenkstätten (mit Terminbuchung und Dokumentation) Individualsport außen, max. 5 Pers. aus 2 Haushalten (bzw. max. 20 Kinder)	Außen-gastronomie Theater/ Konzert- und Opernhäuser/ Kinos Sport (kontaktfrei innen, Kontaktsport außen)	Jeweils mit tagesaktuellem Schnell- oder Selbsttest: Außen-gastronomie (mit vorheriger Terminbuchung) Theater/ Konzert- und Opernhäuser/ Kinos Sport (kontaktfrei innen, Kontaktsport außen)	Freizeitveranstaltungen im Außenbereich (max. 50 Teilnehmende) Kontaktsport innen	Einzelhandel (1 Kunde pro 10 bzw. 20 qm, abhängig von Verkaufsfläche) Sport (kontaktfrei innen, Kontaktsport außen) - ohne Test -	Entscheidung über die weiteren Bereiche: Gastronomie, Kultur, Veranstaltungen, Reisen und Hotels Unter Berücksichtigung Testen, Impfen, Virusmutation und weitere Faktoren

© Bundesregierung

Erlösausgleich für Krankenhäuser kommt

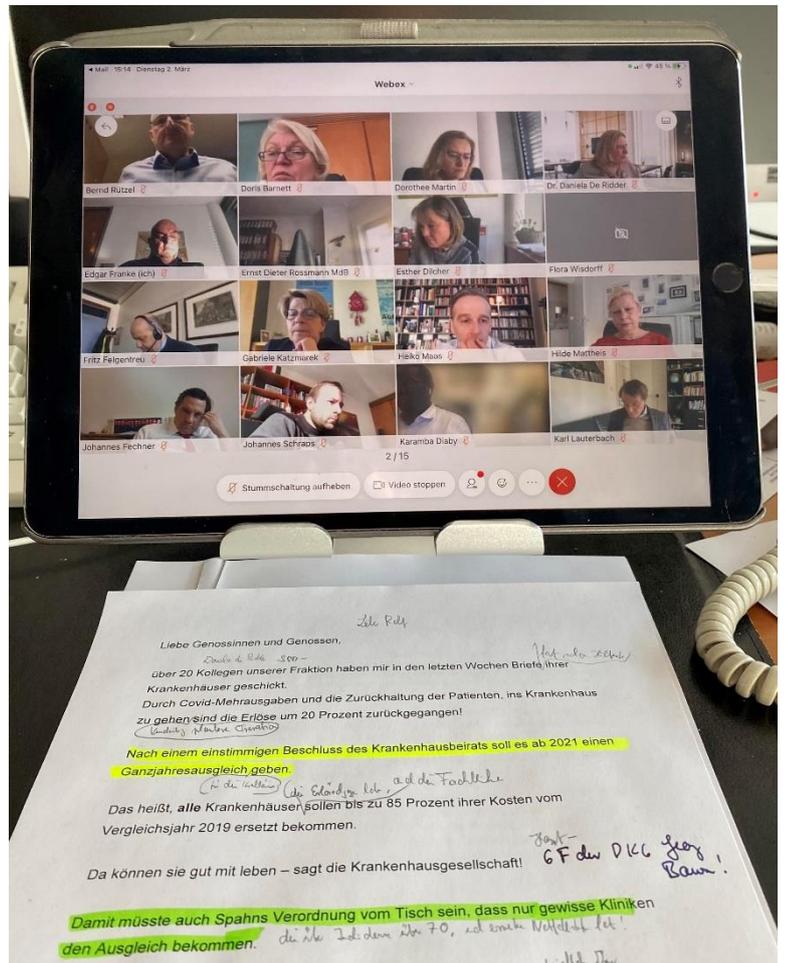
Diese Woche äußerte sich Edgar Franke in der digitalen Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion (siehe Bild) zum Thema Krankenhäuser.

Dort berichtete er, dass alle Kliniken auch 2021 Ausgleichszahlungen für Erlösrückgänge durch die Corona-Pandemie erhalten.

„Unsere Kliniken leisten aktuell einen entscheidenden Beitrag. Sie sind das Krisenpolster unserer Gesellschaft. Wir müssen sie jetzt finanziell unterstützen“, so der Gesundheitspolitiker.

Unsere Krankenhäuser vor Ort beklagen erhebliche Erlösausfälle durch die Pandemie. Deswegen sei es richtig, dass alle Kliniken Ausgleichszahlungen für das gesamte Jahr 2021 bekommen. Franke:

„Endlich gibt es Planungssicherheit und eine auskömmliche Finanzierung für unsere Krankenhäuser. So sichern wir eine gute Gesundheitsversorgung – gerade auch in ländlichen Regionen!“



Diese Woche im Deutschen Bundestag

Neue Mobilität erfordert neue Regeln

Digitale Angebote können helfen, Mobilität bürgerfreundlich zu organisieren. Dazu zählen Dienste, die automatisch Fahrgemeinschaften zwischen Fahrgästen mit ähnlichem Fahrtziel bilden. Um solche Formen der Mobilität rechtssicher zu ermöglichen, hat der Bundestag nach jahrelangen Verhandlungen eine Modernisierung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) beschlossen.

Der Wettbewerb zwischen Taxis, Mietwagen und Fahrgemeinschaftsanbietern wird klar und fair geregelt: Die Verkehrsarten sind eindeutig voneinander abgegrenzt, aber das Fahrpersonal muss die gleiche Qualifikation haben. Neue Mobilitätsdienstleister wie Uber werden künftig genehmigungspflichtig und müssen gesammelte Daten bereitstellen, damit die Kommunen die Einhaltung der Regeln besser nachverfolgen können. Auch können Kommunen künftig im Bereich des Mietwagengewerbes erstmals Sozialstandards definieren, wie zum Beispiel Regelungen zu Arbeitszeiten, Entlohnung und Pausen.

Jugendschutz online und offline

Viele Risiken des Internets wurden von den bisher geltenden Vorschriften nicht mehr angemessen erfasst. Durch die zweite Änderung des Jugendschutzgesetzes werden daher Anbieter von Internetdiensten zu Voreinstellungen verpflichtet werden, die Kinder und Jugendliche vor Risiken wie Mobbing, sexualisierter Anmache, Hassrede, Tracking und finanzieller Abzocke schützen. Sie sollen außerdem bei Spielen oder in sozialen Netzwerken nicht mehr einfach von Fremden gefunden und angesprochen werden können.

Um riskante Medien besser erkennen und bewerten zu können, sollen Eltern und pädagogische Fachkräfte mit einheitlichen und aussagekräftigen Alterskennzeichnungen eine klare Orientierungshilfe bekommen. Zur Durchsetzung der Neuregelungen soll die „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien“ (BPjM) zur „Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz“ weiterentwickelt werden. Wenn Verstöße festgestellt werden, wird zunächst ein Dialog in Gang gesetzt. Wenn das nicht erfolgreich ist, können weitere Schritte ergriffen werden – als letzte Konsequenz Bußgelder.

Mehr Selbstbestimmung im Vormundschafts- und Betreuungsrecht

Die Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrecht stellt die zu betreuende Person in den Mittelpunkt: Ihr Wunsch soll Richtschnur für den Betreuer bzw. den Vormund sein, der die betreute Person in erster Linie *unterstützt*.

Es geht also zum Beispiel um eine gemeinsame Beratung bei der Einwilligung in eine ärztliche Behandlung oder auch um die Frage, wofür das eigene Geld ausgegeben wird. Stellvertretend dürfen Betreuer nur dann entscheiden, wenn es wirklich erforderlich ist. Das stärkt die Selbstbestimmung der betreuten Menschen.

Die SPD-Fraktion hat sich erfolgreich für eine Änderung der Sterilisationsregelung eingesetzt. Die nun getroffene Neuregelung des umstrittenen § 1830 BGB wird einerseits dem Selbstbestimmungsrecht von einwilligungsunfähigen Erwachsenen entsprechend den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention und der Istanbul-Konvention besser gerecht und lässt andererseits gleichzeitig keine Schutzlücken zu Lasten der Betroffenen offen. Es reicht zukünftig nicht mehr aus, dass eine betreute Person der Sterilisation lediglich nicht widerspricht. Die betroffene Person muss nun der Sterilisation zustimmen. Außerdem wird endlich anerkannt, dass eine Behinderung an sich kein Grund ist, eine Mutter von ihrem Kind zu trennen.

Fördermaßnahmen im Rahmen der Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur

Insgesamt 800 Millionen Euro hat die Große Koalition für das erfolgreiche Förderprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ zur Verfügung gestellt. Hintergrund ist der bundesweit erhebliche Sanierungsbedarf der kommunalen Infrastruktur.

Förderung für Kulturhalle und die Langenberg Sporthalle in Baunatal

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat diese Woche die Förderung der Sanierung der Kulturhalle sowie der Langenberg Sporthalle in Baunatal-Großenritte mit 518.000 Euro beschlossen.

Das Projekt aus Baunatal hat vor allem durch sein generationenübergreifendes Angebot überzeugt. Der Sport und seine Sportvereine nehmen in Baunatal einen hohen Stellenwert ein. Das breit aufgestellte Angebot von Freizeit-, Leistungs- und Gesundheitssport sowie Musik, Tanz und Kultur spricht die unterschiedlichsten Menschen an. So bietet das Sportzentrum am Langenberg ca. 15.500 Menschen, darunter zahlreichen Kindern- und Jugendlichen, eine sportliche Heimat. Damit leistet es ein hohes Maß an sozialer Integration in der Kommune.



Esther Dilcher: „Ich freue mich sehr, dass die Zusammenarbeit mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern im Wahlkreis sowie den Kommunalpolitikerinnen und -politikern so erfolgreich ist. Gerade in Zeiten, in denen Kommunen mit sinkenden Gewerbesteuerereinnahmen und anderen Einnahmeausfällen durch die Corona-Pandemie zu kämpfen haben, war es uns als SPD wichtig, dass wir die Wirtschaft auch durch öffentliche Investitionen unterstützen und vor allem Kommunen bei ihren Sanierungsvorhaben nicht alleine lassen. Dass es nun mit dem Zuschuss geklappt hat, ist ein gutes Zeichen für die Arbeit der Vereine, die mit ihrem großen Angebot und den vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten einen wichtigen Beitrag die Nachwuchsförderung in der Gemeinde leisten und für alle die sich darin haupt- und ehrenamtlich engagieren“.

Über 600.000 Euro Förderung für das Schwimmbad in Knüllwald



Der Bund fördert die Sanierung des Rengshauer Schwimmbades mit 644.000 Euro. „Das sind großartige Nachrichten für Knüllwald“, vermeldet der Bundestagsabgeordnete Edgar Franke (SPD).

Franke: „Ich freue mich sehr, dass die Sanierung des Schwimmbads in Rengshausen vom Bund gefördert wird. Dafür habe ich mich in Berlin eingesetzt!“

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags hatte ebenfalls diese Förderung beschlossen. Der Bund trägt damit rund 45 Prozent der Gesamtkosten von 1,4 Mio. Euro.

„Die SPD Knüllwald hat das Projekt in den kommunalen Gremien auf den Weg gebracht. Das Freibad hat gerade für die Kinder und Jugendlichen eine große Bedeutung“, freut sich Franke.

Bilder der Woche

Am 11. März ist der Europäische Gedenktag für die Opfer des Terrorismus

Edgar Franke hat als Opferbeauftragter der Bundesregierung ein Grußwort für die offizielle Gedenkveranstaltung aufgenommen. Seine zentrale Botschaft: "Ich bin zuversichtlich, dass unsere bunte Gesellschaft stärker ist als der Hass der Extremisten. Ihrem Hass geben wir keinen Raum. Ich bin mir sicher, dass wir dem Gedenken an die Terroropfer aber immer Raum geben werden".



Verstärkung für das Team von Esther Dilcher



Seit dem 1. März unterstützen Merle Diestel und Raphael Neidhardt das Berliner Büro von Esther Dilcher. Merle ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und widmet sich schwerpunktmäßig der Arbeit im

Rechts- und Haushaltsausschuss. Raphael unterstützt das Team als Praktikant leider nur vorübergehend: Denn auch in der derzeitigen Situation bleiben Praktika ein bedeutsamer Aspekt in der Berufsorientierung und -ausbildung. Wir wünschen beiden viel Spaß und Erfolg bei ihrer neuen Aufgabe.

Kommunalwahl in Hessen

Liebe Wählerinnen und Wähler, liebe Genossinnen und Genossen,
es ist wieder soweit! In Hessen sind die Kommunalparlamente neu zu wählen.

Demokratie lebt vom Mitmachen: Wenn Du noch keine Briefwahl gemacht hast, kannst Du Deine Wahlunterlagen noch bis zum 12. März um 13.00 Uhr beantragen. Oder einfach am 14. März persönlich ins Wahllokal gehen und wählen.

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:
Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Wahlkreisbüro:
Bahnhofstraße 26
34369 Hofgeismar
Tel.: 05671-5099398

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:
Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de



Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Edgar Franke, Seite 2 Image by [moerschly](#) from [Pixabay](#) , Seite 3 Grafik Bundesregierung, Seite 4 Edgar Franke, Seite 6 Esther Dilcher, Seite 7 Sharepic Edgar Franke, Seite 8 oben Edgar Franke und unten Sharepic Esther Dilcher, Seite Sharepic Esther Dilcher.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.